

Herr Vorsitzender
Bürgermeister Ulrich von Kirchbach
Deutscher Bühnenverein
Landesverband Baden-Württemberg
- per Email -

Edith Sitzmann MdL
Fraktionsvorsitzende

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
T 0711 2063-672
F 0711 2063-660
edith.sitzmann@gruene.landtag-bw.de
www.edith-sitzmann.de
<http://www.gruene-landtag-bw.de/>

Stuttgart, den 27.01.2016

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr von Kirchbach

haben Sie vielen Dank für Ihre Fragen an die Fraktionen zur Landtagswahl 2016 für Ihre Homepage. Gerne darf ich Ihnen im Namen der Fraktion GRÜNE unsere Antwort zukommen lassen. Sie finden diese im Anhang.

Seien Sie versichert, dass wir die Theater und Orchester im Land als wichtigen Teil unserer Kulturlandschaft schätzen und unterstützen. Ich freue mich auf die weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bühnenverein Landesverband Baden-Württemberg, auch im Hinblick auf die neue Legislaturperiode.

Mit freundlichen Grüßen



Edith Sitzmann MdL
Fraktionsvorsitzende

1. Welche konkreten kulturpolitischen Schwerpunkte und Vorhaben verfolgen Sie für die kommenden Jahre?

In der aktuellen Legislaturperiode haben wir im Kulturland Baden-Württemberg dafür gesorgt, dass Kultur endlich wieder nachhaltig und auskömmlich finanziert wird. Nicht zuletzt geht es dabei darum, das kulturelle Erbe unseres Landes zu bewahren. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen. Dabei ist uns Grünen eine verlässliche Grundfinanzierung und entsprechende Planungssicherheit für die Kultureinrichtungen – auch im Hinblick auf gute Arbeitsbedingungen für das dort beschäftigte Personal – besonders wichtig. Kreativität lebt von Freiräumen. Auch deswegen wollen wir das Erfolgsmodell „Innovationsfonds Kunst“ zur Förderung vor allem neuer Ausdrucks- und Beteiligungsformen, spartenübergreifende Vorhaben und ungewöhnliche Veranstaltungsorte fortführen.

Weitere Schwerpunkte unserer kulturpolitischen Arbeit in der kommenden Legislaturperiode werden die Förderung kultureller Angebote im ländlichen Raum, der Ausbau der ästhetischen und kulturellen Bildung sowie die Digitalisierung im kulturellen Bereich sein. Dass Kulturpolitik immer auch gelebte Gesellschaftspolitik ist, enthält für uns den Auftrag, kulturelle Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen und Projekte der Interkultur und des kulturellen Austauschs zu fördern.

Welchen grundsätzlichen Stellenwert in der kulturpolitischen Prioritätensetzung hat dabei für Sie die Landesförderung der Theater und Orchester? Wollen Sie die bisherige Förderung erhalten oder weiter ausbauen?

Theater und Orchester sind ein entscheidender Bestandteil der vielfältigen baden-württembergischen Kulturlandschaft. Wir stehen dafür, die Landesförderung der Theater und Orchester verlässlich fortzuführen. So haben wir die zum Beispiel die Grundfinanzierung des Nationaltheaters Mannheim um 2 Mio. Euro erhöht. Die grün-geführte Landesregierung hat mit den Landesbühnen in Tübingen und Bruchsal längerfristige Finanzierungsvereinbarungen geschlossen und sorgt so für Planungssicherheit. Die Förderung der Kommunaltheater wurde stabilisiert. Nicht zuletzt sei auf den im Doppelhaushalt 2015/16 verankerten Aufwuchs bei den Amateurtheatern auf nun 800.000 Euro pro Jahr hingewiesen.

2. Werden Sie sich im Zuge einer Planungssicherheit dafür einsetzen, dass auch künftig anteilig die Tarifsteigerungen übernommen werden?

Die grün-geführte Landesregierung hat die Stagnation bei der Kulturförderung des Landes beendet und steigende Personalkosten ausgeglichen. Wir stehen auch in Zukunft für eine verlässliche Grundfinanzierung für Kunst und Kultur, um Kultureinrichtungen Planungssicherheit und allen dort Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen zu garantieren. Insofern ist es unser Ziel, weiterhin Tarifsteigerungen anteilig zu übernehmen.

Werden Sie sich weiter dafür einsetzen, diesen Ausgleich regelmäßig auch den Kulturorchestern zu gewähren?

Im Rahmen des haushaltspolitisch Machbaren werden wir uns dafür einsetzen.

3. Werden Sie dieses Prinzip als elementare Grundlage des Theatersystems weiterführen?

Ja.

4. Können Sie sich vorstellen, diese Förderung auch künftig beizubehalten und ggf. auszubauen, etwa im Hinblick auf eine gezielte Förderung des ländlichen Raums?

Der von der grün-geführten Landesregierung eingeführte Innovationsfonds Kunst hat sich als sehr erfolgreiches Förderinstrument erwiesen, um neue Impulse zu setzen und drängende Fragen – sei es die kulturelle Bildung, die Interkultur oder die Kunst und Kultur im ländlichen Raum (Förderlinie „Kunst und Kultur für das ganze Land“) – aufzugreifen und voranzubringen. Wir werden den

Innovationsfonds auf jeden Fall beibehalten. Neben der freien Förderung experimenteller und innovativer Vorhaben, die fortgeführt werden soll, ist es uns wichtig, im Bereich der themenbezogenen Förderlinien immer wieder zu überprüfen, ob damit aktuelle Herausforderungen angesprochen sind. Neben dem Innovationsfonds Kunst sehen wir auch in den Instrumenten der Regionalentwicklung (z.B. LEADER) wichtige Chancen für eine gezielte Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum.

Wie können erfolgreiche Projektförderungen verstetigt werden?

Damit ist eine wichtige Frage angesprochen. Wir haben das bereits im Einzelfall getan und werden auch in Zukunft prüfen, ob und wie eine Überführung besonders erfolgreicher Projekte in den regulären Landeshaushalt möglich ist.

5. Wie ist Ihre Haltung zu diesen Forderungen des Bühnenvereins?

Wir setzen uns für eine Stärkung der kulturellen und der ästhetischen Bildung in der Umsetzung des Bildungsplans für alle Schularten ein. Und wir setzen darauf, dass möglichst alle Ganztagschulen auch Angebote der öffentlichen Kultureinrichtungen in ihr Programm aufnehmen. Bereits in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode haben wir die Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Trägern der kulturellen Jugendbildung intensiviert.

Das Programm der Kulturbeauftragten an den Schulen wollen wir fortführen und prüfen, ob die bisherige, sehr erfolgreiche freiwillige Arbeit der Kulturbeauftragten professionalisiert und mit Deputatstunden versehen werden muss. Auch das Kulturagentenprogramm ist in diesem Kontext als erfolgreiches Modell zu nennen.

Das Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Theaterpädagogik im und nach dem Lehramtsstudium wollen wir sichern und ausbauen.

Als Unterrichtsfach wird Theater/Darstellende Kunst bisher nur in der Oberstufe des Gymnasiums (Wahlfach „Literatur und Theater“) angeboten, das Darstellende Spiel wird jedoch in vielen Fächern aktiv als Unterrichtsprinzip eingesetzt. Landesseitig wird dies durch die seit dem Schuljahr 2014/15 tätige Referentin für das Schultheater und die Kulturelle Bildung im Kultusministerium unterstützt. Anders als die Fächer Musik und (bildende) Kunst verfügt das Schultheater über eine breite und traditionsreiche Verankerung im Ergänzungsbereich sowie als Arbeitsgemeinschaft. Die Einführung eines eigenständigen Faches halten wir deshalb auch mittelfristig nicht für sinnvoll.

Bezüglich der Einrichtung einer eigenständigen Professur für Theaterwissenschaften müsste geprüft werden, wo in der baden-württembergischen Landschaft der Hochschulen und Akademien hier sinnvolle Andockpunkte – sowohl im Hinblick auf den wissenschaftlichen Diskurs als auch im Hinblick auf das Angebot an Studiengängen – bestehen.

6. Werden Sie den Fachbeirat „Kulturelle Bildung“ weiterführen und dafür Sorge tragen, dass dessen Empfehlungen auch in die Arbeit des Kultusministeriums einfließt?

Ja. Der Fachbeirat „Kulturelle Bildung“ hat eine ganze Reihe wichtiger Empfehlungen erarbeitet, die wir jetzt politisch umsetzen wollen. Mit ersten Empfehlungen – etwa der Einrichtung von Studiengängen, die einen Schwerpunkt im Bereich der Kulturvermittlung setzen – ist dies bereits geschehen. Um die Umsetzung seiner Empfehlungen zu begleiten und diese weiterzuentwickeln, halten wir eine Fortführung des Fachbeirats für sinnvoll.

7. Wie kann aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land Baden-Württemberg in den wichtigen kulturpolitischen Bereichen ‚Theater und Orchester‘ und ‚Kulturelle Bildung‘ verbessert werden?

Die gemeinsame, komplementäre Finanzierung von Kultureinrichtungen durch Land und Kommunen wollen wir fortsetzen. Im Bereich der Kulturellen Bildung sehen wir insbesondere in der Kooperation zwischen Schulen und Kultureinrichtungen im Ganztagsschulprogramm große Chancen. Diese Kooperation wollen wir ausbauen und verlässlich ausgestalten.

8. Angesichts der großen Zuwanderung in Baden-Württemberg wird neben dem Bereich der ‚Kulturellen Bildung‘ die ‚Interkulturelle Kulturarbeit‘ eine noch größere Bedeutung gewinnen. Welche Fördermöglichkeiten sehen Sie in diesem Bereich?

Wir begrüßen das große Engagement von Theatern und andere Kultureinrichtungen in diesem Feld. Kunst und Kultur können einen wichtigen Beitrag zu Integration und zum erfolgreichen „Ankommen“ von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten leisten.

Wir haben im Innovationsfonds Kunst damit begonnen, Förderlinien für den Bereich der Interkultur und für die kulturelle Arbeit mit Flüchtlingen aufzulegen. Die große Nachfrage nach diesen Förderlinien bestätigt uns in dieser Entscheidung. Förderprogramme wie beispielsweise die der Landesstiftung bieten zudem Möglichkeiten, Integration und Willkommenskultur im Feld von Kunst und Kultur zu verankern. Wir ermuntern auch die Kommunen, im Bereich ihrer Kultureinrichtungen beispielsweise über vergünstigte Eintritte und über interkulturelle Angebote zur Integration beizutragen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch auf den gemeinsam mit Kulturschaffenden erarbeiteten Praxisleitfaden des Kunstministeriums zur interkulturellen Kulturarbeit hinweisen.

9. Das Land Baden-Württemberg hat bis Mitte der Neunziger Jahre Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Kommunen für ihre Theater- und Orchestergebäude gefördert.

Wie sehen Sie die Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme dieser Förderung?

Halten Sie es ggf. für denkbar, das bayerische Modell der Förderung von kommunalen Kulturbauten im Wege des kommunalen Finanzausgleichs zu übernehmen?

Eine allgemeine Landesfinanzierung dieser Maßnahmen ist derzeit nicht darstellbar. Wir sind allerdings gerne bereit, zu prüfen, ob bei Neuverhandlungen des kommunalen Finanzausgleichs auch die Lasten der Kommunen für Kulturbauten berücksichtigt werden können.